

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

## Steuersenkung - wann?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1979) : Steuersenkung - wann?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 9, pp. 418-419

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135352>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Steuersenkung – wann?

**M**it dem Begriff Sommer ist nicht mehr allein die Vorstellung von Urlaubszeit, sondern auch die von Steuersenkungsdiskussionen verbunden. Es ist nunmehr das dritte aufeinanderfolgende Jahr, in dem beides zusammentrifft. Freilich, der Anstoß hat sich geändert. In den beiden vergangenen Jahren standen Überlegungen im Vordergrund, wie man der schwachen Konjunktur aufhelfen könnte. In diesem Jahr dagegen läuft die Konjunktur erfreulich gut. Jetzt ist es die Feststellung, daß das Steueraufkommen trotz der gewährten Erleichterungen schon wieder kräftig zunimmt, die den Ruf nach neuen Steuersenkungen ausgelöst hat. Schon ist das „Ob“ zwischen Koalition und Opposition in Bonn nicht mehr strittig, sondern nur noch der Termin.

Die Progressionswirkung der Einkommensteuer ist in der Tat weiterhin groß. Das Lohnsteueraufkommen, an dem das am schnellsten abzulesen ist, wird trotz der jüngsten Entlastungen selbst in diesem Jahr nahezu um den gleichen Prozentsatz ansteigen wie die Bruttolohn- und -gehaltssumme. Im kommenden Jahr würden die Lohnsteuern nach gegenwärtigem Recht prozentual schon wieder fast doppelt so stark steigen wie die Löhne. Den eigentlichen Stein des Anstoßes bilden dabei die Mehreinnahmen, die aus der Besteuerung desjenigen Teils der jährlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen entstehen, der lediglich die Geldentwertung ausgleicht. Hierfür hat sich der Begriff „heimliche Steuererhöhungen“ eingebürgert. Solange es Geldentwertung gibt, führt Progression auch zu heimlichen Steuererhöhungen; Korrekturen werden also immer wieder erforderlich sein. Schon wegen des verstärkten Preisauftriebs wird das Problem nun sehr rasch wieder akut.

Das erklärt sicherlich zu einem wichtigen Teil die schnell bekundete Bereitschaft der Politiker zu neuen Steuersenkungen; ein anderer Teil erklärt sich aus dem Bevorstehen eines Bundestagswahljahres. Selbstverständlich ist diese Reaktion gleichwohl nicht, denn es gibt natürlich andere Verwendungsmöglichkeiten für die unerwarteten Mehreinnahmen. Anstatt auf sie künftig zu verzichten, könnten damit auch für notwendig erachtete zusätzliche öffentliche Aufgaben finanziert werden. Oder bei unveränderten Aufgaben könnten die höheren Steuereinnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen verwendet werden.

Die vorherrschende Auffassung ist sicherlich, daß kein öffentlicher Zusatzbedarf in der Dringlichkeit mit dem Begehren nach Steuerentlastung konkurrieren kann. Wenn schon zusätzliche öffentliche Aufgaben in Angriff genommen werden, sollten sie durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden. Dabei wird vorzugsweise auf den großen Block der öffentlichen Subventionen verwiesen. Aus dieser Einschätzung, für die es gute Gründe gibt, resultiert eine Erwartungshaltung von nicht nur politischer, sondern auch ökonomischer Relevanz. Würde ihr nicht entsprochen, sondern der Ausgabensteigerung Vorrang vor einer Steuersenkung gegeben werden, so würde das früher oder später leistungs- und wachstumshemmende Konsequenzen haben. Die Auswirkungen auf Leistungsbereitschaft und Wachstumsbedingungen sollten übrigens bei jeder steuerpolitischen Überlegung gebührend berücksichtigt werden.

Anders als die Bewertung der Alternative Steuersenkung oder zusätzliche Staatsausgaben ist sicherlich das Urteil über eine Verwendung von Mehreinnahmen für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Mit Konsolidierung ist in der gegenwärtigen Diskussion die Verringerung der jährlichen Nettoneuverschuldung der öffentlichen Hand gemeint; damit würde implizite der Anteil der steuerlichen Finanzierung der Staatsausgaben, die Steuerdeckungsquote, erhöht. (Daß auch dann die Gesamtverschuldung des Staates weiter merklich ansteigt, wird in der Öffentlichkeit wohl häufig nicht erkannt.) Inwieweit die Forderung nach Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wirklich „die Öffentlichkeit bewegt“, ihre Nichterfüllung also einen allgemeinen Vertrauensverlust bedeuten und damit negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung haben würde, ist kaum zutreffend zu beurteilen. Gestellt wird die Forderung bisher vor allem von Finanzministern, denen die steigende Zins- und Tilgungslast Probleme macht, von Banken, die um die Kapitalmarktentwicklung fürchten, und von der Bundesbank, der beides und darüber hinaus die Entwicklung der Geldwertstabilität Sorgen bereitet.

Das alles sind aus der heutigen Sicht einer guten Konjunktur – die Zins- und Tilgungsbelastung auch unabhängig davon – durchaus berechtigte Sorgen. Sie sprechen dafür, auf eine Steuersenkung zunächst zu verzichten und statt dessen die Mehreinnahmen zur Konsolidierung zu benutzen. Aufgeschoben bedeutet dann durchaus nicht aufgehoben. Die Mehreinnahmen aus der starken Progression werden von Jahr zu Jahr größer. Schon 1981 stünden wieder erhebliche Beträge für eine Steuersenkung zur Verfügung. Erst Konsolidierung und dann Steuersenkung wäre wahrscheinlich die optimale Lösung – wenn es nicht Zweifel an der Richtigkeit der zugrundeliegenden Hypothese gäbe, nämlich eine anhaltend günstige Konjunktorentwicklung im nächsten Jahr.

Im bisherigen Tempo wird sich die konjunkturelle Expansion 1980 nicht fortsetzen. Als Folge der jüngsten Ölpreisexplosion, des Zinsanstiegs und des Auslaufens des Programms für Zukunftsinvestitionen ist vielmehr eine Tendenz zur Dämpfung zu erwarten. (Sie ist willkommen, soweit sie die Bauwirtschaft betrifft.) Ihre Stärke ist noch nicht mit hinreichender Sicherheit abzuschätzen. Aber es ist möglich, daß eine ins Gewicht fallende Anstrengung zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nicht mit ihr vereinbar wäre, weil es dann zu einer erheblichen Abkühlung der Konjunktur kommen würde. Die sollte nicht nur deshalb vermieden werden, weil ein einigermaßen kräftiges Wirtschaftswachstum angesichts der zunehmenden Erwerbsbevölkerung auch im nächsten Jahr wichtig sein wird. Vielmehr wäre auch zu befürchten, daß ein Umschlagen der wieder optimistischer gewordenen Erwartungen von Investoren und Konsumenten zu einer auch mittelfristigen Verschlechterung der Wachstumsbedingungen führen würde.

Muß die Frage nach der Angemessenheit einer stärkeren Konsolidierung im nächsten Jahr – und insoweit, mit umgekehrten Vorzeichen, auch nach der einer Steuersenkung – einstweilen offen bleiben, so gibt es einen Grund, der für sich genommen eine rasche Steuersenkung nahelegt, nämlich die nächstjährige Lohnrunde. Von den Arbeitnehmern wird erwartet, daß sie auf eine Kompensation derjenigen Preissteigerungen in den Lohnerhöhungen verzichten, die „importiert“ (Öl, Rohstoffe) oder „verordnet“ (Mehrwertsteuer) sind. Wenn ausgerechnet dann wieder eine erhebliche Diskrepanz zwischen Brutto- und Nettolohnerhöhung bevorstände, so würde das die Aussichten auf eine „glimpfliche“ Lohnrunde – und damit auf eine günstige Wirtschaftsentwicklung – erheblich verringern. Man mag zwar die These vertreten, Lohnpolitik und Steuerpolitik sollten nicht miteinander verquickt werden; die Realität sieht aber erfahrungsgemäß anders aus.

Würden schon im nächsten Jahr Steuern gesenkt werden, so brauchte dennoch nicht auf einen Schritt in Richtung Konsolidierung der öffentlichen Finanzen verzichtet zu werden. Eine Steuerentlastung in Höhe der durch die „heimlichen Steuererhöhungen“ bedingten Beträge würde nur einen Teil der gesamten Mehreinnahmen beanspruchen. Würde die nach den bisherigen Haushaltsplanungen bzw. Absichtserklärungen vorgesehene Begrenzung des Ausgabenzuwachses eingehalten werden, könnte durchaus zugleich die Netto-neuverschuldung etwas verringert werden.